

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg und Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 14. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Mai 2020)

zum Thema:

Lastenradförderung im Jahr 2020 in Berlin

und **Antwort** vom 04. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Jun. 2020)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23476
vom 14. Mai 2020
über Lastenradförderung im Jahr 2020 in Berlin

Der Senat ist sich des Stellenwerts des Fragerechts der Abgeordneten bewusst und die Beantwortung Schriftlicher Anfragen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses nach Artikel 45 Absatz 1 der Verfassung von Berlin hat eine sehr hohe Priorität. Gegenwärtig konzentriert der Senat seine Arbeit und seinen Ressourceneinsatz aber auf die Bekämpfung der infektionsschutzrechtlichen Gefährdungslage für die Berliner Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage im Namen des Senats von Berlin wie folgt:

Frage 1:

An welchen externen Partner wurde die Organisation zur Vergabe der Förderung von Lastenrädern in 2020 vergeben?

Antwort zu 1:

Eine Vergabe der Leistungserbringung ist noch nicht erfolgt.

Frage 2:

Welches Fördervolumen ist für 2020 vorgesehen?

Antwort zu 2:

Im Doppelhaushalt 2020/2021 sind im Kapitel 0730 beim Titel 68357 „Förderung des Wirtschaftsverkehrs“ jeweils 600.000 € pro Jahr veranschlagt.

Frage 3:

Wie viele Fördertöpfe gibt es 2020 und wie sind diese aufgeteilt?

Frage 4:

Ab wann können Anträge für das Förderprogramm 2020 eingereicht werden?

Frage 5:

Aus welchen Gründen kam es zu Verzögerungen bei der Umsetzung der Lastenradförderung im Jahr 2020?

Frage 6:

Wie wird die 18-monatige Zweckbindung der letzten Lastenradprogrammförderung kontrolliert?

Frage 7:

Wie wird die gemeinschaftliche Nutzung bei der privaten Lastenradförderung sichergestellt? Welche Nachweise sind erforderlich und in wessen Eigentum gehen die Lastenräder bei Auflösung der privaten Nutzergemeinschaft über?

Antwort zu den Fragen 3 bis 7:

Auf Grund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 3 bis 7 gemeinsam beantwortet. Für die Bearbeitung der Anträge ist eine Beauftragung der Investitionsbank Berlin (IBB) geplant. Die entsprechenden formalen Schritte laufen, sind aber durch die aktuelle Pandemie-Lage verzögert.

Gleichzeitig unterliegen die Mittel (vgl. Antwort zu Frage 2) einer qualifizierten Sperre. Zur Aufhebung der Sperre werden dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses die entsprechenden Unterlagen (insbesondere Förderrichtlinie) zur zustimmenden Kenntnisnahme vorgelegt. Erst nach diesem formalen Schritt stehen die Rahmenbedingungen der Förderung fest, auch zu den in Frage 6 und 7 angesprochenen Regularien zum Thema Zweckbindung und geteilte Nutzung.

Ein konkreter Starttermin für die Einreichung von Anträgen kann daher momentan nicht benannt werden.

Frage 8:

In welcher Höhe wurden Lastenräder in den Bezirken bislang aus dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) gefördert und wie sind die Pläne zur weiteren Förderung aus dem BEK?

Antwort zu 8:

Aus dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) werden acht bezirkliche Vorhaben „fLotte kommunal“ gefördert, die eine kostenfreie Ausleihe von Lastenrädern an jeweils zehn kommunalen Standorten zum Ziel haben. Insgesamt wurden seit 2018 503.811,84 € für die acht bezirklichen Vorhaben bewilligt. Die Maßnahmen haben jeweils eine Laufzeit von rund zweieinhalb Jahren. Hinsichtlich weiterer Förderungen für das Modell „fLotte kommunal“ liegt derzeit eine Interessensbekundung aus dem Bezirk Pankow vor.

2018 (IST)	2019 (IST)	2020	2021	2022	Gesamt
72.737,30 €	144.993,34 €	165.370,47 €	94.862,60 €	25.790,32 €	503.811,84 €

Berlin, den 04.06.2020

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz